

PRESSEMITTEILUNG

(Eddersheim, 02.März 2016) Stellungnahme der BfU Eddersheim zum Verzicht der Kommunen und des Kreistags auf Weiterverfolgung der Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss Nordwestbahn:

„Soviel ist gewiss: Alles was die gesellschaftliche Rechtlichkeit im Volk auslöscht, das ist immer die eigentliche und ursprüngliche Quelle des Aufruhrs.“ Johann Heinrich Pestalozzi (1746 - 1827), Schweizer Pädagoge und Sozialreformer

In Anlehnung an den Sozialreformer Pestalozzi setzt die BfU Eddersheim ihren begründeten Protest fort. Beklagt wird vor allem ein zunehmendes Desinteresse der Kommunal- und Landespolitik bei der Bewahrung der Bürger vor den Folgen von Fluglärm und Luftverschmutzung. In diesen Tagen wurde deutlich, wie erschütternd weit die Entfremdung der politischen Mandatsträger zu ihrem Wahlvolk bereits fortgeschritten ist.

Obwohl es durch die Recherchen der Eddersheimer Bürgerinitiative (BfU) zur erneuten Offenlegung des „Verkehrsbedarfsplans-II“ kam, und damit Grund für neue Hoffnung bestand, wurden sämtliche Klagen vom VGH Kassel rigoros abgewiesen!

Das Gericht ignorierte einfach den von ihm selbst geforderten, urkundlichen Beweis des Vorhandenseins eines Rechtsbindungswillens der damaligen Landesregierung von 1972, wonach ein weiterer Ausbau des Flughafens Frankfurt-I am alten Standort für die Bevölkerung nicht zumutbar ist und damit kategorisch ausscheidet.

Kurz nach Bekanntwerden der Klageabweisung und trotz fortwährender sachkundiger Warnungen der BfU in Richtung Hattersheimer Parlament und Magistrat, steigt die Stadt aufgrund von wirtschaftlichen Erwägungen und dem Spardiktat des kommunalen Rettungsschirms insgeheim und unbeirrt aus der bewährten Klagegemeinschaft der Mainschienenstädte komplett aus!

Nach Hattersheim und Hochheim hat nun auch der Kreistag des Main-Taunus-Kreises am 14.12.2015 überstürzt auf die Erhebung von Rechtsmitteln verzichtet. BfU-Sprecher Wolf hierzu: *„Der Kreis als Schulträger kommt damit seiner Fürsorgepflicht gegenüber den Schülern und den Einrichtungen, welche unter seiner Obhut stehen, nicht mehr nach. Die besorgniserregenden Ergebnisse der Lärmeinwirkung auf Schulkinder in der neuesten NORAH-Lärmstudie bleiben daher bei den Gerichtsverfahren unberücksichtigt.“*

Die Kreistagsmehrheit hat sich am 22.02.2016 zudem kritiklos einer CDU-Forderung angeschlossen, mit einem auf 15.000,- Euro gedeckelten Bagetellbetrag den nächsten Prozeßschritt der Flörsheimer Kommunal-Klage zu unterstützen.

Noch bevor am 22. Februar hierzu die entscheidende Abstimmung im Kreistag stattfand, feierte die SPD diese Kürzung auch noch als vermeintlichen Erfolg, mit den Worten „Der Kreis wird die Stadt Flörsheim am Main beim Kampf gegen den Fluglärm unterstützen.“¹

BfU-Vorstand Schuster hierzu: *„Echte Solidarität sieht anders aus.“*

¹ SPD PM vom 22.02.2016: <http://www.spd-floersheim.de/startseite/news-detail/der-kreis-wird-die-stadt-floersheim-am-main-beim-kampf-gegen-den-fluglaerm-unterstuetzen/News/detail/ad178b7ef9646b537161f032692f5fcf/>

Den Ausstieg des Kreises aus seinem eigenen Klageverfahren verschweigt die SPD in ihrer Pressemitteilung. Ferner ist dort nicht zu lesen, dass die Linksfraktion sogar eine sehr viel weitergehende Unterstützung der Flörsheimer bis vor den Europäischen Gerichtshof beantragt hat.

BfU-Sprecher Wolf: „Der zuvor gestellte Antrag² der Linken-Kreistagsfraktion, den Verkehrsbedarfsplan II in den Fokus der Klagen zu rücken, und Flörsheim vorbehaltlos bis zum EugH zu unterstützen, wurde hingegen von allen anderen Fraktionen rundweg abgelehnt und statt dessen die Niederlegung der eigenen Klagen des Kreises beschlossen.“

Dieser Rückzug auf allen Ebenen ist ein Trauerspiel. Irritierend war auch der Auftritt des Flörsheimer Bürgermeisters Antenbrink, der sich vehement gegen eine Kreistagsunterstützung seiner Stadt bis zum Europäischen Gerichtshof aussprach (!) Zu der Frage der Linksfraktion, warum der vom VGH ignorierte Verkehrsbedarfsplan-II nicht vorrangig als Argument der Flörsheimer Nichtzulassungsbeschwerde eingebracht werde, hielt sich Antenbrink bedeckt.

Flörsheim soll jetzt also für den gesamten Kreis MTK die Kohlen aus dem Feuer holen. Die Unterstützung durch die Kreistagsmehrheit ist lächerlich und mehr als halbherzig. Es wird nun alles auf eine Karte bzw. auf die Empfehlungen eines einzigen Rechtsanwalts gesetzt! Jeder Mensch, der an einer lebensbedrohenden Krankheit leidet, holt sich eine medizinische Zweitmeinung ein. Nicht so der Maintaunus-Kreis. In Anbetracht des krebisähnlichen Wachstums des Flughafens scheinen die zuständigen Politiker aber völlig unkritisch gegenüber der empfohlenen juristischen Indikation eines einzelnen Anwaltes zu sein.

² Drucksache XVII/I a/382 vom 16.02.2016: www.mtk.org

Die BfU Eddersheim wird in dieser Frage auch nach der Kommunal- und Kreistagswahl gegenüber den zuständigen Stadt- und Kreisparlamenten weiterhin den Finger in die Wunde legen und keine Ruhe geben. Wir sind weit davon entfernt, dass hier grundgesetzlich geschützte Rechte nach körperlicher Unversehrtheit gewahrt werden.

- Getreu nach Pestalozzi: *„Hundert Menschen schärfen ihre Säbel, tausende ihre Messer, aber zehntausende lassen ihren Verstand ungeschärft, weil sie ihn nicht üben.“*

Der Vorstand
**BfU Eddersheim**
e.V. 1975
Bürgerinitiative für Umweltschutz

Werner Schuster (1. Vors.) Frank Wolf (Pressesprecher)